

Regierungserklärung von Willy Brandt: Auszug über die Außenpolitik (Bonn, 18. Januar 1973)

Legende: In seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 nennt Willy Brandt die Gründung einer europäischen Union als Hauptziel der Außenpolitik. Der Kanzler unterstreicht gleichzeitig die Bedeutung einer aktiven Politik zur Friedenserhaltung und die Rolle der NATO bei der Verfolgung der Ostpolitik und der Entspannungspolitik.

Quelle: Verhandlungen des deutschen Bundestages. 7. Wahlperiode. 7. Sitzung vom 18. Januar 1973. Stenographische Berichte. Hrsg. Deutscher Bundestag und Bundesrat. 1972/1973, Nr. 81. Bonn. p. 121-134.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/regierungserklarung_von_willy_brandt_auszug_uber_die_außenpolitik_bonn_18_januar_1973-de-a8090ad9-320c-4393-979c-a42e247d6490.html

Publication date: 03/07/2013

Regierungserklärung von Bundeskanzler Willy Brandt (Bonn, 18. Januar 1973)

[...]

Unsere **Friedenspolitik in Europa** hat sich als ein Faktor weltweiter Entspannung bewährt. Nicht nur Spannungen, auch Entspannungen übertragen sich. Nicht nur der Unfriede, auch der Friedenswille kann ansteckend sein. Wir wissen allerdings, daß die Entspannung auch ihre eigenen Probleme produziert.

Wir beobachten es täglich, auch bei der neuen Ordnung unserer **Beziehungen mit der DDR**, dem anderen deutschen Staat. Darüber sollte man nicht vergessen: Millionen unserer Landsleute haben in den vergangenen Wochen erfahren, daß Berlin-Abkommen, Verkehrsvertrag und Grundvertrag — über den wir hier erst noch zu beraten haben — insgesamt Ergebnisse einer Politik sind, die dem Menschen dienen will und die ihm auch konkret dient. Daß Familien und Freunde aus alten Tagen wieder, zueinander finden, zählt viel für die Zusammengehörigkeit der Deutschen, die auch unter den Existenzbedingungen zweier entgegengesetzter Gesellschaftssysteme ein Volk bleiben wollen.

Der Grundvertrag — ich sagte es soeben — ist noch nicht in Kraft. Aber wir wollen schon heute keinen Zweifel daran lassen, daß wir mit geduldiger Bestimmtheit für weitere Verbesserungen im Interesse der Menschen wirken werden.

Meine Damen und Herren, entscheidende Voraussetzungen für die Politik der Entspannung und der **Reformen** sind geschaffen; nun muß sie beharrlich und zielbewußt in die **Wirklichkeit des Alltags** übersetzt werden.

Alltag ist kein schlechtes Wort: Es schmeckt nach täglichem Brot; es hat mit der Qualität des Lebens zu tun, in der sich unsere Reformen erfüllen müssen. Sie ist das Ziel unserer Arbeit.

So unterstelle ich die Aufgaben meiner Regierung bewußt der Forderung nach der Bewährung im Alltag.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Politik ist im Kern immer das Produkt geistiger und moralischer Entscheidungen. Das gilt im Innern und nach außen. In der täglichen Arbeit soll die geistige Orientierung unseres Programms stets sichtbar bleiben.

Meine Damen und Herren, nach außen wird die Bundesregierung ihre Politik der guten Nachbarschaft konsequent fortsetzen. Ihre **Außen- und Sicherheitspolitik** dient ausschließlich dem Frieden.

An erster Stelle nenne ich das **Ziel einer Europäischen Union**, wie es die Pariser Gipfelkonferenz vom Herbst des vergangenen Jahres für dieses Jahrzehnt gesetzt hat. Die dort ins Auge gefaßte Europäische Union wird die Gesamtheit der Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten umfassen. Eine verstärkte und immer enger werdende politische Zusammenarbeit soll dazu entscheidende Impulse geben. Das umfassende Arbeitsprogramm, das auf der Gipfelkonferenz beschlossen wurde, muß — vor allem in der Wirtschafts- und Währungspolitik — verwirklicht werden.

Das Werk der europäischen Einigung kann sich nur durch freundschaftliche Verbundenheit der beteiligten Völker vollziehen. Ein lebendiges Beispiel dafür ist die **deutsch-französische Partnerschaft**, die ich die „Entente Elementaire“ genannt habe und die vor fast genau zehn Jahren in einen Vertrag gegossen wurde. Ich bin sicher, daß die gute Zusammenarbeit mit **Großbritannien, Dänemark und Irland** sich ebenso bewähren wird wie die mit den bisherigen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Die Bürger in Europa erwarten schon jetzt eine Stärkung der sozialen Komponente und des demokratischen Elements in der Gemeinschaft. Wir möchten die **Befugnisse des Europäischen Parlaments** erweitert sehen.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Die Europäische Gemeinschaft wird sich dann eindeutig bewährt haben, wenn sie vor der Welt ein Beispiel gibt für die Dynamik des Fortschritts in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Was die **nordamerikanischen Staaten** und **Europa** angeht, so gilt, daß sie weiterhin gemeinsame Sicherheitsinteressen haben. Sie tragen gemeinsam die Verantwortung für eine internationale Struktur des Friedens in Europa. Die Unterschiedlichkeiten auf diesem Gebiet ergeben sich aus der unumstößlichen Tatsache, daß sich unsere Interessen in erster Linie auf unseren Kontinent konzentrieren, während die amerikanischen Verpflichtungen weltweit sind.

Unterschiedlichkeit und Gemeinsamkeit der Interessen sind in aller Offenheit festzustellen. Sie gelten für lange Fristen. Aber wir sollten festlegen, wie wir uns bei der Lösung unserer Probleme gegenseitig helfen können.

Dabei ist nicht zu erkennen, daß die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten mit Europa, soweit es sich in der Europäischen Gemeinschaft organisiert hat, Schaden gelitten hätten. Das Gegenteil trifft zu. Dennoch kann ein konstruktiver Dialog, den ich nach wie vor für geboten halte, dabei helfen, daß aus möglichen wirtschaftlichen Spannungen keine unnötige politische Belastung wird.

Für den **Ausgleich in Europa**, zwischen Ost und West, sind mit den Verträgen von Moskau und Warschau, dem Berlin-Abkommen der Vier Mächte, den dazu gehörenden Vereinbarungen auf der deutschen Ebene und dem Grundvertrag mit der DDR bessere Voraussetzungen geschaffen worden. Wir werden eine breite **Zusammenarbeit** auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und auf kulturellem Gebiet **mit den Staaten Osteuropas** suchen.

Die Bundesregierung wird sich gleichzeitig weiterhin um die **Linderung humanitärer Probleme** bemühen, die bei der Umsiedlung und Familienzusammenführung noch ungelöst sind, und sie wird jede Möglichkeit zur Verbesserung der menschlichen Kontakte nutzen.

Das Gefüge unserer bilateralen Verträge zum Gewaltverzicht, der mit der Sowjetunion zuerst vereinbart wurde, verlangt nach einem Abschluß mit der benachbarten **Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik**. Die Bundesregierung hofft, in absehbarer Zeit eine Vereinbarung erreichen zu können, durch die das **Münchener Abkommen** aufhört, das Verhältnis der beiden Staaten zu belasten. Die Bundesregierung wird den politischen **Dialog mit den Staaten des Warschauer Vertrages** fortsetzen und hofft, Budapest und Sofia dabei einschließen zu können. Sie wird den **Kontakt mit den bündnisfreien Staaten** nicht vernachlässigen.

Meine Damen und Herren, mit der Vorbereitung der **Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit** tritt die Entwicklung der Beziehungen zu Ost-Europa jetzt in eine multilaterale Phase. Der Bundesregierung kommt es dabei vor allem auf praktische Ergebnisse an, die für die Menschen in Europa — und damit auch in Deutschland — spürbar werden. Sie ist entschlossen, trotz der ideologischen Gegensätze geduldig und illusionslos daran mitzuwirken, daß sich auf unserem Kontinent, und sei es auch nur in begrenzten Bereichen, nach und nach ein gemeinsamer Wille herausbildet. Meine Damen und Herren, wenn ich „europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ sage, so bin ich dabei heute davon überzeugt, daß substantielle Fortschritte möglich sind.

Wenn der Bundestag das Zustimmungsgesetz billigt, werden wir den **Antrag auf Aufnahme in die Vereinten Nationen** stellen. Die Politik der Bundesrepublik Deutschland wird damit eine neue Dimension gewinnen; wir werden bereit sein, mehr Mitverantwortung zu übernehmen, auch für die Minderung von Konflikten.

Zu den Staaten **Asiens**, nun auch zur Volksrepublik China, werden wir unsere Beziehungen ausbauen.

Die traditionelle Freundschaft mit den Ländern **Lateinamerikas** bedarf der Pflege.

Die Entwicklung der Partnerschaft mit den Staaten Afrikas soll der geographischen Nähe und der wirtschaftlichen Ergänzung entsprechen.

Öffentliche und private Leistungen für die **Entwicklungshilfe** werden wir — dem Vorgehen unserer europäischen Partner gemäß — zu steigern haben. Dabei wird die **Bedeutung der multilateralen Organisationen** wachsen. Durch die Zusammenfassung von technischer Hilfe und Kapitalhilfe wollen wir eine gebündelte Wirkung unserer Entwicklungshilfe erreichen.

Meine Damen und Herren, Grundlage unserer Sicherheit bleibt die **Atlantische Allianz**. Sie gibt uns auch den Rückhalt für unsere Politik der Entspannung nach Osten.

Die politische und militärische **Präsenz der Vereinigten Staaten** ist für die Bewahrung eines ausgeglichenen Kräfteverhältnisses in Europa unerlässlich. Die Bundesregierung wird gleichzeitig dafür wirken, daß der europäische Pfeiler des Bündnisses stärker wird; die „Euro-Gruppe“ ist dafür der realistische Ausgangspunkt.

Die Freiheit, an Entspannung und Ausgleich mitzuwirken, wird uns nicht geschenkt. Wehrpflicht, **Verteidigungshaushalt** und Zivilverteidigung betrachten wir nicht nur als Notwendigkeiten, sondern als sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft unserer Bürger; er hilft unserer Friedensarbeit. Präsenz und Kampfkraft der **Bundeswehr** müssen erhalten bleiben.

(Abg. von Hassel: Sehr gut!)

Wir werden — auch unter Berücksichtigung des Berichts der Wehrstrukturkommission und nach Konsultation mit unseren Bündnispartnern — eine Wehrstruktur zu finden haben, mit der die Bundeswehr ihre Aufgaben auch künftig erfüllen kann.

Die Bundesregierung hat sich für eine **ausgewogene beiderseitige Verminderung von Truppen und Rüstungen in Europa** eingesetzt und wird schon an den Vorverhandlungen zu diesem Problem, die demnächst beginnen, teilnehmen. Der Zusammenhang mit der zweiten Runde der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über die Begrenzung der strategischen Waffensysteme ist in jeder Phase auf seine Auswirkungen für Europa zu prüfen.

Auch hier darf es keine Illusionen geben. Es ist nicht zu übersehen, daß die Rüstungsentwicklung im Warschauer Pakt das östliche Gesamtpotential steigerte. Die Bundesregierung zieht daraus keine vorschnellen Schlüsse, aber sie stellt fest, daß es eine parallele Tendenz in Westeuropa nicht gibt.

(Abg. von Hassel: Sehr wahr!)

Die Bundesregierung will die Gefahr der Konfrontation in Europa durch kontrollierbare Maßnahmen mindern helfen. Dabei muß der Anspruch aller Beteiligten auf Sicherheit jeweils gewahrt sein. Es ist vernünftig und es ist an der Zeit, in Mitteleuropa durch mehr Vernunft mehr **Vertrauen** zu schaffen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Meine Damen und Herren, ich denke, die in diesem Haus vertretenen Parteien werden — unabhängig von dem, was sonst trennt — der Feststellung zustimmen, die ich in der Regierungserklärung vom Oktober 1969 getroffen hatte, der Feststellung nämlich,

daß die Fragen, die sich für das deutsche Volk aus dem zweiten Weltkrieg und aus dem nationalen Verrat durch das Hitlerregime ergeben haben, abschließend nur in einer europäischen Friedensordnung beantwortet werden können.

Ich fügte hinzu:

Niemand kann uns jedoch ausreden, daß die Deutschen ein Recht auf Selbstbestimmung haben, wie alle anderen Völker auch.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Damals sagte ich weiter:

Aufgabe der praktischen Politik in den jetzt vor uns liegenden Jahren ist es, die Einheit der Nation dadurch zu wahren, daß das Verhältnis zwischen den Teilen Deutschlands aus der gegenwärtigen Verkrampfung gelöst wird.

Ich möchte jetzt sagen: Wenn wir uns über Ziel und Aufgabe einig sind, wird der Streit um den besten Weg dorthin seine ätzende oder verletzende Schärfe verlieren.

Über das Berlin-Abkommen hinaus, das ohne unsere Mitwirkung nicht zustande gekommen wäre und das nur vor dem Hintergrund der voraufgegangenen Krisen richtig beurteilt werden kann, beginnen sich **Verbesserungen im Verhältnis zwischen den beiden Staaten** abzuzeichnen. Auch die Regierung in Ost-Berlin will heute — ich zitiere — „über ein geregeltes Nebeneinander zu einem Miteinander kommen“, wie wir das in der Regierungserklärung 1969 formuliert und im Frühjahr 1970 in den 20 Punkten von Kassel konkretisiert hatten. Was in den vergangenen drei Jahren schon möglich wurde, wird man nicht gering achten können.

Wir wissen aber, dieser Weg ist lang und steinig. Die Menschen und die Regierenden in den beiden deutschen Staaten haben nach vielen Jahren der Nicht-Beziehungen und der Feindseligkeit den Umgang miteinander zu erfahren und zu lernen. Schwierigkeiten und Reibungen werden uns nicht erspart bleiben. Die Bundesregierung ist entschlossen, den Vertrag, der für die Entwicklung der Beziehungen zur DDR die Grundlagen legt, politisch und rechtlich konsequent durchzuführen und im Interesse der Menschen in beiden Staaten auszufüllen.

Meine Damen und Herren, wir wollen einen Zustand erreichen, in dem nicht mehr geschossen wird.

(Beifall bei den Regierungsparteien und bei Abgeordneten der CDU/CSU.)

Die Regelung der staatlichen Beziehungen muß bei der Lösung der menschlichen Probleme helfen, die ein bitteres Erbe der Teilung sind.

Die Bundesregierung betrachtet, wie alle anderen Beteiligten, das **Viermächteabkommen über Berlin** als einen bedeutenden internationalen Erfolg. Er besteht nicht zuletzt in der Festlegung, daß die Bindungen zwischen Berlin (West) oder, wie wir auch sagen, dem Land Berlin, und dem Bund erhalten und entwickelt werden können. Alle Beteiligten sollten daran interessiert sein, den Erfolg von 1971/72 nicht zu zerreden, sondern dafür zu sorgen, daß seine Wirkung für die Entspannung im Zentrum Europas in den kommenden Jahren voll genutzt wird. Unser Berlin soll in der Entspannung seine bedeutende und natürliche Funktion finden. Dabei wird die Bundesregierung den Senat weiterhin nach Kräften unterstützen.

(Beifall bei den Regierungsparteien.)

Das **Regierungs- und das Gesellschaftssystem der DDR** haben wir immer abgelehnt, und dabei bleibt es. Es ist auch nicht zu erwarten, daß sich an der Ablehnung unserer Verhältnisse durch die Regierung der DDR etwas ändern wird. Aber beide Regierungen haben durch Vertrag beschlossen, sich trotz dieser Gegensätze ihrer Verantwortung zu stellen und auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Beide müssen den Frieden höher stellen als alle Differenzen. Das bedeutet für uns: die **Erhaltung des Friedens** rangiert noch

vor der **Frage der Nation**. Dies ist ein Dienst, den das deutsche Volk den europäischen Völkern leistet.

Nur der lange und mühsame Weg vom Nebeneinander zum Miteinander der beiden Staaten bietet der Nation ihre Chance. Ein schriftlicher Bericht über „Die Entwicklung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik“ wird im Zusammenhang mit der parlamentarischen Behandlung des Grundvertrages unterbreitet werden. Die Lage der Nation und das Verhältnis zwischen den beiden Staaten in Deutschland werden uns in diesem Haus auch künftig regelmäßig beschäftigen.

Meine Damen und Herren, im Zusammenhang mit dem Haushalt 1973 wird über manche Einzelheit unserer Politik im Innern zu sprechen sein, die ich heute nicht berühren kann. Noch vor dem Haushalt wird der **Jahreswirtschaftsbericht** vorliegen.

Heute möchte ich besonders hervorheben, wie sehr wir das **europäische Einigungswerk**, über das ich im politischen Zusammenhang bereits gesprochen habe, als eine **Grundbedingung** gerade auch **unseres wirtschaftspolitischen Handelns** zu verstehen haben. Wir stellen uns dieser Herausforderung, ihren großen Chancen, aber auch ihren Risiken, und wir sind uns bewußt, daß dieses gemeinsame Europa mehr als bisher auch unsere innenpolitischen Entscheidungen bestimmen wird.

Fortschritte auf dem Weg zu einer europäischen Gemeinschaft der Stabilität, des Wohlstands und des sozialen Fortschritts können nur gelingen, wenn die nationalen Entscheidungen stärker als bisher aufeinander abgestimmt und gemeinschaftliche Befugnisse schrittweise ausgebaut werden. Der schwierige **Prozeß des Hineinwachsens in den Gemeinsamen Markt** hat — was nicht immer erkannt und anerkannt wird — den nationalen Entscheidungsraum schon jetzt erheblich eingeschränkt.

Wir sind uns bewußt, daß es nicht nur ein Europa der wirtschaftlichen Beziehungen zu schaffen gilt, sondern mit ihm ein Europa der arbeitenden Menschen, ihrer sozialen Sicherheit und Qualität des Lebens. Der Beschluß zum gesellschaftlichen, zum gesellschaftspolitischen Ausbau der Gemeinschaft, für den wir auf der Pariser Gipfelkonferenz die Initiative gaben, ist deshalb für die europäische Integration besonders wichtig.

Doch die drängendste Aufgabe, die wir mit den europäischen Partnerstaaten meistern müssen, ist es, wieder mehr **Preisstabilität** zu gewinnen. Sie ist eine Bewährungsprobe für die Gemeinschaft, die von allen Mitgliedstaaten ein hohes Maß an Einsicht und Solidarität verlangt. Wir selbst haben im Oktober in Übereinstimmung mit den europäischen Zielen, die in Paris skizziert worden waren, unseren Beitrag in einem 15-Punkte-Programm vorgelegt.

[...]